

Erscheint täglich  
nachmittags mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 60 s. 1/2 Jährl. 1.50 s.  
pro Ann. frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsblatt) durch  
die Post nicht bezugsbar, kostet  
monatlich 10 s. 1/2 Jährlich 1.00 s.



# Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensels-Zeig,  
Wittenberg-Schweinig, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshalle Halle.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 238

Halle a. S., Mittwoch den 11. Oktober 1899.

10. Jahrg.

## Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hannover, den 9. Oktober 1899.

Die geschäftlichen Verhandlungen des Parteitages nahmen heute früh um 9 Uhr ihren Anfang.

Ein vom Arbeitervorstand vorgetragenes Lied leitete die Besannungen ein.

Im Namen der Parteileitung begrüßte Singer die Delegierten in Hannover. Er erinnerte an die Verdienste der hannoverschen Partei während des Sozialkämpfes und nach dessen Ende. Der Parteitag freite an der Spitze des Jahrhunderts zusammen; dies neue Jahrhundert werde wie Jahrhunderte einmal gelagt habe, im Zeichen des Sozialismus stehen. Der Parteitag werde erste Beratungen zu diesen hohen, es sei aber zweifellos, daß die Partei an ihren alten Zielen unverrückbar festhalten werde. Aus den Verhandlungen werde nichts anderes herauskommen, als die Kräftigung und Stärkung der Partei. Redner erklärte den Parteitag für eröffnet.

Zu Vorgesandten wurden auf Vorschlag von Vollmann-Bielefeld Singer, Berlin und Wunne-Kampburg per Affirmation gewählt. Zu Schriftführern wurden Müller-Darmstadt, Erdmann-Braunschweig, Richter-Dresden, Geißler-Altona, Knappe-Stettin, Behle-Strasbourg, Müller-Wormum und Frau Stey-Kampburg gewählt.

Wie in früheren Jahren wird eine Mandats-Prüfungskommission gewählt. Die Tagesordnung wird von 9-11 Uhr vormittags und 3-7 Uhr nachmittags festgelegt.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgelegt:

1. Konstituierung des Parteitages, Wahl des Bureau's etc.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
3. Berichtler J. Auer und A. Geislich.
4. Bericht der Kontrollkommission, Berichtler J. A. Meißner.
5. Bericht über den Parteistand, Berichtler J. A. Meißner.
6. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.
7. Die Tagesordnung, Berichtler J. A. Meißner.
8. Die Tagesordnung, Berichtler J. A. Meißner.
9. Die Tagesordnung, Berichtler J. A. Meißner.
10. Anträge zum Programm und zur Organisation.
11. Sonstige Anträge.

Singer enthielt hierauf den anwesenden ausländischen Genossen Adler-Wien, Wigen-Berlin und Richter-Schland, Antrittsreden und die Tagesordnung des Parteitages. Er begrüßte die Genossen zu ihren heimischen Orten und versicherte ihnen, daß die deutsche Sozialdemokratie stets Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen werde.

Dr. Viktor Adler-Wien begrüßte den Parteitag namens der österreichischen Genossen. Die österreichische Partei sei noch jung, habe aber Kämpfe von einer Intensität und Komplexität zu bestehen, von denen man anderswo keine Ahnung habe. In Österreich habe man nicht nur eine internationale Partei zu organisieren, sondern man habe es auch fertig gebracht, diese internationale Sozialdemokratie trotz aller nationaler Mühen zu einigen. Die Macht des internationalen Proletariats habe sich also in Österreich als stärker erwiesen als alle nationalen Antereffengeweide. Er begrüßte die deutschen Genossen nicht nur im Namen der österreichischen Parteimitglieder, sondern auch der tschechischen, russischen, polnischen, litauischen und italienischen Genossen Österreichs. Das dem so sei, sei ein Verdienst der deutschen Partei, die die Partei Österreichs nicht nur als materielles Unterstützung habe. Die österreichische Partei hoffe sie bisher zu sich zu ziehen, einen festen Bindhalt an der deutschen Arbeiterpartei zu haben. (Beifall.)

Wiegen-Kampburg hält auch eine Begrüßungsrede: die Sozialdemokratie in Holland habe den Anarchismus beiseite gelassen, eigene Mandats erwirbt und werde jetzt im Parlament gehört. Die Unterdrückung der Arbeiterpartei sei in Holland ebenfalls groß wie anderswo. Die Tyrannen über die Drenth-Affäre seien in Holland sehr stark gestiegen, drei holländische Arbeiter seien seit 1895 nicht unzulässig im Gefängnis, ohne daß sich außer den Arbeitern jemand darüber aufregte. Die holländische Partei wolle den Splitter im Auge anderer oder nicht den Balken im eigenen. Die holländische Partei betrachtet die deutsche als ihr Vorbild, und freut sich deshalb, am deutschen Parteitag teilnehmen zu können.

Und hat auch die deutsche Partei begrüßt den Parteitag namens der schweizerischen Genossen. Er berichtet von der politischen und wirtschaftlichen Enttötung, unter der die schweizerische Arbeiterpartei zu leiden hat, und von dem erst kürzlich angenommenen Bundesgesetz. Trotz aller dieser Mißstände aber blickt er wegen der Unterdrückungspolitik, die die schweizerische Sozialdemokratie mit Rücksicht auf den Gewinn (Beifall).

Die Begrüßung überträgt die Grüße beider sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten. Er könne das, denn er sei Mitglied der einen Partei und keine hier anwesenden Frau Wittiger der anderen. (Große Beifall.) Das kommt Ihnen gegen etwas förmlich vor. (Heiterkeit.) Wir wären ja längst geliebte Leute (Beifall). Wenn prinzipielle Unterschiede zwischen uns vorhanden wären, es sind aber nur taktische Verschiedenheiten und solche dürfen in einer Partei ruhig bestehen, wenn nur das Gefühl prinzipieller Zusammengehörigkeit nicht darüber verloren geht. (Beifall.)

Die Reihe der Anreden befehligt Wilschke-Jülich, der dem Parteitag die Grüße der in der Schweiz lebenden deutschen und österreichischen Genossen überbringt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Auer giebt den Geschäftsbericht des Vorstandes. Zur Beratung werden die beiden folgenden Resolutionen gestellt:

1. Auer giebt den Geschäftsbericht des Vorstandes. Zur Beratung werden die beiden folgenden Resolutionen gestellt:

2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

3. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

4. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

5. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

6. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

7. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

8. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

9. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

10. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

11. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

12. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

13. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

14. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

15. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

16. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

17. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

18. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

19. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

20. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

21. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

22. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

23. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

24. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

25. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

26. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

27. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Verurteilungen ohne weiteres registriert.

Wenn es sich um eine Einzelne eines Arbeitervereins handelt, so ist es nicht möglich, das Urteil richtig zu setzen, wenn die proletarische Organisationsbewegung überhaupt. Es wurden ein paar unglückliche Niederlegungen, die ihnen vor die Füße kamen. Als die Vite erloschen ohne die Vorkommen der Genossen, glaubten wir an ein Verleihen des Vorstandes, welches die Vite nach Berlin. Darauf erloschen die Registrierungsfrist im Vorwärts, und auf die sollten wir in der Schaffung der Arbeiter-Vereinigung los. Die Resolution des Wahlkreises, den ich vertrete, ist mit allem gegen eine Stimme gefaßt worden. Die Folge, wie dort, ist nicht in Ordnung. In Zukunft wird es sein, daß die Registrierung nicht erfolgt ist. Wir beurteilen jeden Ertrag. Deshalb dürfen wir aber nicht die Hand von denen ziehen, die einmal für ein Gesetz haben ihre Hände lassen. Die Verurteilung braucht nicht im direkten Zusammenhang mit der Partei zu stehen. Das Urteil richtet sich gegen den proletarischen Organisationskampf überhaupt. Als Stimm im Reichstag lagte, die Vite wurden auf die Ehrenliste im Vorwärts kommen, vierhundert mehrere Fraktionsmitglieder. In „Vorwärts“ sind viele Genossen hatten das richtige Gefühl, dann kam der ständige Parteivorstand und bewieserte die Genossen. Die Vorkommen Genossen gehören nicht auf die Ehrenliste, aber auf die Ehrenliste der Partei.

Der Redner will noch weiter sprechen, muß aber, da die Redezeit nicht mehr genügt, sich abmelden. Er berichtet, daß die Mehrheit der Genossen im 6. Wahlkreis auf dem Standpunkte der Vorkommen stehen. Gemäß habe der Vorstand einen Antrag beantragt, aber der große Beifall darüber ist gar nicht am Platze. Er vertritt die Ansicht, die Sache zu auf die Spitze zu treiben, man erziele mehr der Partei noch den Verurteilten selber einen Dienst damit.

Knappe-Stettin wendet sich ebenfalls gegen Ledebour und teilt den Standpunkt an. Die unglückliche Verurteilung selbst nicht auf einen ganz anderen Platz wie die Frage, ob die Verurteilten in die Ehrenliste aufgenommen werden sollen. Es ist besser, wenn eine solche Tat, wie die Vorkommen, scharf verurteilt und den Arbeitern gelangt wird: Organisiert Euch, geht in geordneter Weise vor. Erst, solche Gelegenheitsarbeiten vollziehen bei regellosen Massen. Sie ziehen unsere Hand nicht von den Verurteilten. An Stelle des Vorwärts, der nicht zu den Sammlungen beigetragen hat. Etwas anderes ist es, ob die Tat mit unserer Parteibewegung im Einklang steht.

Singer-Dresden erklärt die Resolution der Genossen in Dresden-Altona zurück, daß der Parteivorstand die Frage auszuweisen in der hiesigen Verurteilung erörtert habe. Etwas anderes ist die heutige Verurteilung Auer's, mit der er nicht einverstanden ist. In Zukunft werde hofentlich der Vorstand anders verfahren.

Stamm-Genossen will den Fall Vitzgenau erörtern, der ganz das, was er in der Vergangenheit in der Sache zu machen. Er bitte den Vorstand, hier kurz und bündig zu erklären, weshalb Vitzgenau entfernt worden sei. Vitzgenau habe heute noch viele Freunde unter den Genossen. Die große Masse weiß nicht, woran sie ist, hat aber ein Recht darauf, Auskunft zu erhalten. Der Vorstand muß verstehen, wenn nicht davon und ein zweites Solingen werden soll. Die Gegner nur ziehen aus dem Fall Vitzgenau Vorteil. Ich gehöre zu den Gegnern Vitzgenau's, verlaufe gerade deshalb Vitzgenau. Durch kein Ausschließen hat der Vorstand im ganzen Ansehen der Partei verloren. Die Genossen sagen, man löst uns Leute auf der Stelle, die man in Berlin los sein will.

Geißler-Altona schlägt vor, eine neue Vite unter dem Titel „Internationale Arbeiterpartei“ einzuführen und darin mit der Registrierung des Vorkommen Urteils zu beginnen.

Geißler-Altona schlägt vor, eine neue Vite unter dem Titel „Internationale Arbeiterpartei“ einzuführen und darin mit der Registrierung des Vorkommen Urteils zu beginnen. Der Vorstand hat in der Sache zu entscheiden, ob die Mehrheit der Arbeiterfreies Beber nicht zum größten Teil aus Angehörigen sozialistischer Arbeitervereine bestanden hat. Das ist nicht richtig. Der mehrheitliche Arbeiterverband steht der Sozialdemokratie fern.

Ledebour-Dresden vertritt nochmals in scharfer Weise seinen Standpunkt. Er stellt einen Antrag, der in seinem Sinne die Grundidee festlegt, welche bei der Verurteilung auf der Ehrenliste in Zukunft maßgebend sein müssen. In die Ehrenliste sollen alle Arbeiter, die nicht gegen die Organisationsbewegung des Proletariats richten.

Auer: Wenn die Ansichten Ledebours maßgebend werden sollten, wird es immer werden, die Vite zu registrieren, so allgemein gehalten und so unklar, daß die Vite Ledebours gehalten. Wir würden in ein Chaos hineinkommen, so zahlreich und die Arbeiter. Ledebour hat sich besonders darüber beklagt, daß der Vorstand in seiner Registrierung gelangt hat, daß die Straftat der Vorkommen Arbeiter mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Genau das sollte aber wiederholt die schärfste Arbeiterverurteilung gelagt. Wir brauchen die Verurteilten nicht von unserer Hochachtung abzuschnitten, denn sie haben nie etwas mit uns zu tun gehabt. Ganz anders liegt es mit der Frage, wie sonst das Urteil zu beurteilen ist. In dem Vize über das Urteil will wir alle einig. Die Wiederholung solcher unglücklicher Urteile zu vermeiden, gehört zu den Aufgaben der Arbeiterpartei. Ich verurteile, der Vorstand hat sich vorwärts sein Vorwort trifft. Den Antrag Ledebour halte ich für nicht glücklich. Zum Fall Vitzgenau möchte ich bemerken: Vitzgenau hat uns zur Kontierung nach Schwelm geladen, wir haben das abgelehnt und ihn an den Beschuldigten zum Parteitag vernommen. Bis jetzt ist keine Besondere hier eingeleitet. Der Vorstand will aber dem Genossen Dittmar Rede und Antwort stehen. Wir helfen würde das aber zuerst in einer Neuwahlkommission geladen. Der Vorstand hat ein reines Gewissen, Vitzgenau ist nicht Unrecht geschieden, aber die Behandlung in der Neuwahlkommission liegt im Interesse Vitzgenaus. Es ist nicht richtig, was Dittmar gesagt hat, daß wir Vitzgenau nach Dortmund geschickt haben, weil wir ihn in Berlin los sein wollten. (Beifall.) Das wäre ein schlechtes Experiment, da würde bei der Bewegung Auer und Witzgenau nicht in der Lage sein. Vitzgenau ist auf seinen Wunsch auf unsere Anregung nach Dortmund gegangen und hat dort zuerst hier erprießlich gearbeitet. Der Vorstand bedeutet es nicht, daß es nicht immer zu gelassen ist.

Geißler-Dresden wendet sich gegen Ledebour. Er sieht

**Auf dem Standpunkt Fischer.** Die Sache wurde nicht über-  
nommen. Der Vorfall, wie er nun vorliegt, ist ein  
Diskussionsfall, der nicht zu entscheiden ist.  
Gener-Vorstand: Die Anträge waren vielleicht nicht gestellt  
worden, wenn der Parteivorstand früher erschienen wäre.  
Er stellt den Antrag, die Veröffentlichung des Parteivorstandes  
aufzufügen, aber zu bemerken, er halte die Nicht-Veröffentlichung  
für einen Fehler, denn das Urteil im Völkner Fall habe mit  
der Bewegung des Parteivorstandes im Zusammenhang.  
Die Debatte wird hierauf abgebrochen.  
Die Besprechung des Falles Völkner und einiger anderer  
Beziehungen mit der Parteivorstandskommission überleiten.  
Singer verliest ein Begrüßungstelegramm von Reichstag  
und Guesde im Namen der französischen Bruderpartei und läßt  
hierauf die Mittagspause eintreten.

Die Tagesordnung hat infolge dessen, was aus der einmütigen  
Beschlüssen der Parteivorstandes zu ersehen ist, noch eine  
Erweiterung erfahren, als man am 9. Punkt: „Der internationale  
Kongress zu Paris“ hinzuzufügen. Die Rede wird darüber  
sprechen. Der 7. Punkt, der Hauptgegenstand der Parteivorhandlungen, ist  
an die 3. Stelle gerückt, und die Vorkonferenzen vor dem  
Reichstage soll erst nachher erörtert werden. Wir halten  
die Fortsetzung der Tagesordnung für eine gute Sache, da es  
dadurch ermöglicht ist, der Parteivorhandlung die ausgiebigste Dis-  
kussion zu widmen, was im Interesse einer Klärung der An-  
sichten zu begründen ist.

In der Nachmittags-Sitzung, die Singer leitet, wird  
die Debatte über die Mitgliedschaft des Vorstandes vom  
Vormittag fortgesetzt.

**Bräune-Dresden** ist ebenfalls nicht mit der Haltung des  
Vorstandes im Völkner Fall einverstanden. Die Erregung  
über den Mißgriff des Parteivorstandes ist in Dresden groß und  
auch bedauerlich. Wenn keine Wandelung der Resolu-  
tion abgelehnt hätte, so hätten sie ihn doch beauftragt, die  
Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

**Völkner-Dresden** werden sich nochmals gegen Vuer.  
Dem Vorstand müsse der Tadel des Parteivorstandes ausgesprochen  
werden. Mache der Vorstand eine Dummheit, so unterliege er  
dem Tadel des Parteivorstandes wie jeder andere Genosse. Der  
Tadel sei in milden Form gefaßt, sein Antrag spreche nur das  
Bedauern über die Mißverständnisse in der Sache aus. Das  
sei das Maßvolle, was zu fordern ist.

**Knappe-Sitten** beantragt: In der Eile. Mitten neuesten  
Sturz und nur Verurteilung des Parteivorstandes aus der politi-  
schen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Der hiesige  
Agitator, der von Werkstatz zu Werkstatz geht, sei in  
viel höherem Maße ein Vorkämpfer als der Völkner Parteivorstand,  
die mit der Partei nicht zu thun haben.

Die Diskussion wird geschlossen.  
In seinem Schlusswort bittet Vuer, alle zum Falle Völkner  
gestellten Anträge abzulehnen und es dem zukünftigen Parteivorstand  
zu überlassen, wie er es zu halten gedenke. Dieser  
wird sich wider die heilige Debatte zur Diskussion nehmen.  
Die Veröffentlichung des Parteivorstandes könne nicht gut  
früher erfolgen, weil der Geschäftsablauf des Jahres  
bringen muß, der erst mit Ende August erfolgt. Der Bericht  
sei so schnell als möglich veröffentlicht worden. Die Parteivorhand-  
lungen möchten nur den Vorstand mehr unterliegen. In  
Halle habe das Parteivorstandes bemerkt: Endlich werden die An-  
träge zum Parteivorstand veröffentlicht. Aus derselben Stadt Halle  
sei der dort gefaßte Antrag aber erst acht Tage nach der Ver-  
öffentlichung an den Vorstand eingelangt worden. (Seitert.)  
Alle etwas mehr Ruhe und etwas mehr guter Wille, dann  
werden wir mit Gottes Hilfe (Grosz Heiterkeit) schon miteinander  
fertig werden. (Seitert.)

Der Vorstand wird hierauf Despatche erlassen. Alle zu dem  
Falle Völkner gestellten Anträge werden abgelehnt.  
Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung, der Bericht  
über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemo-  
kratischen Reichstagsfraktion.  
Es liegen dazu folgende Anträge vor:  
Parteigenossen des 6. hiesigen Reichstags-Wahlkreises,  
Dresden-Vand, beantragen: Die Reichstagsfraktion zu beauf-  
tragen, die Reichsregierung zu interpellieren, wie sie die Durch-  
führung und Bedeutung der Reichsregierung im Königreich Sachsen  
zu bewerten gedenke, bezugnehmend, wie sie sich dazu stellt, daß  
sämtliche hiesigen Genossen Reichsregierung durch Polizeiverord-  
nungen — so die Bestimmung der Gewerbeordnung über die  
ungehinderte Verbreitung von Flugblättern, Stimmzetteln  
u. s. w. auf Klagen und Strafen während der Wahlzeit,  
durch eine Verordnung der Polizeidirektion Dresden — für  
außer Kraft gesetzt erklären, entgegen der Bestimmung der  
Reichsverfassung: Reichsrecht geht vor Landesrecht!

**Parteigenossen in Baden** beantragen:  
Die Fraktion zu beauftragen, in kommenden Reichstags-  
sitzung wiederum die Anträge auf Einführung des achtstündigen  
Normalarbeitstages sowie auf Einführung der obligatorischen  
Gewerbeversicherung einzubringen. Ferner soll die Fraktion beauf-  
tragt werden, eine reichsgesetzliche Regelung des Unfallver-  
wehens herbeizuführen durch Einführung eines Minimal-  
lohnes.

**Parteigenossen in Göttingen** beantragen:  
Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, im Reichstage  
dahin zu wirken:

- a) In dem § 46 des Kranken-Versicherungs-Gesetzes im  
1. Absatz die Worte „Innershalb des Bezirks einer  
Kaufmannschaft“ zu streichen.
  - b) Am § 127 der Gewerbe-Ordnung den 5. Absatz zu  
streichen und dafür zu setzen:  
„Abnehmerinnen dürfen während sechs Wochen  
nach ihrer Rückkunft überhaupt nicht beschäftigt  
werden.“
  - c) Der Zuzwang ist für ganz Deutschlands aufzu-  
heben.
  - d) Bei § 119 a der Gewerbe-Ordnung ist zu setzen: Zu-  
berstandlungen werden befristet.
- Die Parteigenossen in Werra beantragen:  
Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine Klärung darüber  
herbeizuführen, daß während der Wahlzeit nach dem Reichs-  
gesetz Flugblätter ungehindert verbreitet werden dürfen, da  
viele Polizeidirektionen ortspolizeiliche Verordnungen erlassen,  
durch die das Reichsrecht illusorisch wird. Es heiße: Reichs-  
recht geht vor Landesrecht, in diesem Falle gingen sogar Polizei-  
Verordnungen vor Reichsrecht. Die Fraktion sollte eine rich-  
tige Interpretation des Gesetzes herbeiführen.  
Groß-Wohlfahrt beantragt:  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei Beratung  
des neuen Post-Zeitungs-Gesetzes dafür eingetretten, daß es aus-  
drücklich jedermann freigestellt wird, an Wochentagen, sowie  
an Sonntagen und Feiertagen gleich den Briefträgern der  
Kaiserlichen Reichspost zu den für den Gewerbebetrieb freige-  
gebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten auszuliefern.  
Der Referent Reichstagsabgeordneter Joseph Damm verweist,  
wie Vuer und Giesch vor ihm, auf den gedruckten vorliegen-  
den Bericht und hebt die Einseitigkeit des Vorgehens der  
Fraktion hervor. Ob die Parteigenossen mit der Haltung der  
Fraktion zufrieden gewesen sind, das solle der Parteivorstand  
entscheiden.

Im weiteren Verlaufe der Nachmittags-Sitzung wurde über  
die Anträge zur parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion  
debattiert und die Anträge der letzteren überwiesen. Hierauf  
folgte das Referat Spannungs über die Waifer und die  
Annahme der hierzu gefaßten Resolution. Dann sprach noch  
Völkner über den internationalen Kongress, da man mit  
Punkt 5 „Die Grundanforderung und Tarif“ erst Dienstag  
früh beginnen sollte. Nach dem Referat Völkners und der  
Annahme der diesbezüglichen Resolution vertrat der Parteivor-  
stand seine Verhandlungen auf Dienstag morgen 9 Uhr.

### Tagesgeschichte.

Halle a. S., 10. Oktober 1899.  
**Professoren und Minister.** Die Professoren der Witten-  
bergschule sind, wie bekannt, im hiesigen hiesigen  
Blatt, wie man weiß, mit dem Kultusminister Dr. v. Lan-  
dmann sehr unzufrieden. Diese Unzufriedenheit, welche an Er-  
bitterung grenzt und privatlich sich oft in der schärfsten Weise  
äußert, fand kürzlich einen dröhnigen Ausdruck. Der Direktor  
der Wittenbergschule glaubte aus Anlaß der Vollendung  
der Neubauten an dieser Hochschule ein Dank-Diner des Pro-  
fessorenkollegiums für den Herrn Kultusminister veranstalten  
zu sollen und lud den Kultusminister dazu ein. Die Sache  
wurde dann vom Lehrerkollegium beraten und das Diner mit  
Zweihundert Mitgliedern abgehalten unter hiesiger Leitung. Es  
müßten sich nach Dingen Staatsminister und der Kultusminister  
Dr. v. Landmann wieder „ausgelassen“ werden. — Herr  
v. Landmann hat sich das berechtigte Mißtrauen aller ernst-  
haften Vertreter der Wissenschaft auch recht verdient.

### Ausland.

**Frankreich.** Die Arbeiter beim Streik von  
Le Grout. Der Schiedsrichter Walder-Rouffaux ist noch  
an Sonnabend ergangen und bedeutet einen großen Sieg für  
die Arbeiter. Es wird durch ihn entschieden, daß in Zukunft  
sein Unterschied gemacht werden soll zwischen den Arbeitern,  
die einem Syndikat angehören und denjenigen, die außerhalb

eines solchen stehen. Die Wertmeister sollen vollständige Neu-  
neutralität den Arbeitern gegenüber beobachten; wegen Streit-  
handlungen soll keine Entlassung stattfinden. Die Vermittlung  
des Syndikats, welches eine der beiden Parteien angeht,  
kann stattfinden, wenn beide Parteien damit einverstanden sind,  
aber sie darf nicht aufgedrungen werden. Jede Körperhaft  
soll einen Delegierten ernennen, welcher alle zwei Monate mit  
den Vertretern oder der Direktion der Gesellschaft Besprechungen  
haben soll. Die Delegierten der Arbeiter erklärten sich durch  
einen Schiedsrichter vollkommen zufrieden gestellt; die Arbeit  
in Le Grout wird am Montag früh wieder aufgenommen  
werden.

Doch Schiedsrichter namens der Arbeitgeberchaft das Urteil  
durchgesetzt hat, ist die Streikfrage endgültig beigelegt.  
In Grout ist die erbitterte Stimmung der Arbeitnehmer in  
heller Freude umgeschlagen. Walder-Rouffaux wurde in groß-  
artigen Kundgebungen gefeiert.

**Serbien.** Der Aufstand in Belgrad. Das Belgrad  
meder das Wiener Telegraphen-Bureau: An fünfundzwanzig  
Stelle wird die Meldung ausländischer Blätter, daß Frankreich  
und Italien den Wunsch nach Begnadigung der stand-  
rechtlich Verurteilten ausgedrückt haben, auf das entschiedenste  
beantwortet und versichert, daß keine auswärtige Macht einen  
derartigen Schritt unternommen habe. Was den russischen  
Gesandten Konstantinowitsch betrifft, so habe derselbe vor seiner  
Abreise im Laufe eines Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten  
bemerkte, seine Regierung würde die Begnadigung der Verur-  
teilten mit Vergnügen sehen. Von anderer Seite wird  
jedoch gemeldet: In den politischen Kreisen Belgrads wird  
die Haltung Russlands, welches die diplomatischen Beziehungen  
mit Serbien vollständig abgebrochen hat und den serbischen  
Gesandten in Petersburg ignoriert, große Beorgnis  
hervor. Man erwartet, daß die Regierung dem König die  
baldige Begnadigung der im Hochverratsprozeß Verurteilten  
nahe legen wird, damit sich die Beziehungen zu Russland  
wieder bessern.

**Bulgarien.** Demissioniert hat das Ministerium wegen  
innerer Unzufriedenheit, die Cobranje soll aufgelöst und die  
Neuwahlen sofort angeschlossen werden.

**Türkei.** Ein Attentat, das den Tod zur Folge hatte  
verriet Konstantinopel in große Aufregung. Der Sohn des  
Großveziers, Staatsrat David Bey, wurde am Sonnabend von  
einem Tagelöhner bei seinem Weggang von der Wüste nieder-  
geschossen. Der Attentäter heißt Hadsj Saman und ist 18 Jahre  
alt. Er wurde verhaftet. Der ermordete Hadsj Bey Sohn des  
Großveziers ist ein junger Mann in einem prächtigen Regiment zu-  
geheilt — war ein Hauptvertreter der härtesten Korrup-  
tion und seinen Einfluß sowie die Schändlichkeit seines  
ehemaligen Vaters nützte er in ungläublicher Weise zu fort-  
währenden Exzessen und einem ausgedehnten Konjunktions-  
schacher aus. Trotzdem er feste Bezüge im Betrage von  
500000 Mark hatte, gingen seine Exzessen selbst bis zum  
Sultan hinauf, der ihm das meiste bewilligte, obgleich er ihn  
nicht leiden konnte. Während die einen in dem Mord einen  
Ausfluß der bedrückten Bevölkerung gegen die zunehmende  
Korruption der oberen Schichten erblickten, negten andere, der  
Mord sei ein Versuch gewesen, sich an dem allwissenden Vize-  
könig für die Ermordung des Fürstlichenadjutanten Ghani Bey,  
dessen Befestigung David nahegekommen haben soll.

**Zur Transvaalkrisis** ist nicht viel Neues zu melden. Eine  
definitive Entscheidung ist auch jetzt noch nicht erfolgt und das  
gegenwärtige Unterhandeln dauert fort. Gleichwohl werden die  
Vorbereitungen auf beiden Seiten fortwährend betrieben.  
Nach einer Meldung des Neuterischen Bureaus verließen die  
Buren an der Grenze von Natal über 16000 Mann und  
könnten noch leicht 6000 Mann mehr ins Feld stellen. — In  
Johannesburg begehen die Kaffern zahlreiche Einbruchs-  
diebstähle, sie plündern Läden und haben in einzelnen Fällen  
auch die Ladenbesitzer ermordet. Nach einer Meldung der  
„Daily Mail“ aus Kapstadt nehmen die Buren kein Papier-  
geld von Transvaal und dem Drangefreistaat mehr an. Die  
Münze in Transvaal arbeitslos Tag und Nacht, und das von der  
Regierung konfiskierte Gold zu prägen. Das Gold ist aber  
nicht gefaßt. Der Drangefreistaat soll sich in so schlimmer  
Finanzlage befinden, daß die Auszahlung von Metallgeld jeden  
Augenblick aufhören kann. Die Regierung des Drangefreistaates  
began schon an notleidende Buren und deren Familien  
in großer Maßstäbe Gaben zu verteilen. — Die Regierung  
der Vereinigten Staaten läßt erklären, daß ihre Sympathien  
den Engländern gehören.

## Der Muttersohn.

Roman aus der Gegenwart von Arthur Zapp.  
(Nachdruck verboten.)

Wieder wendet sich Frau Köster mit flehender Gebärde an  
ihren Etti Sohn.  
„Du bist doch ein Bräuer“, sagte sie, „und als solcher kannst  
Du ihm doch berichten, wenn er als Vetter zu Dir kommt  
und seine schwere Verurteilung einfließt.“  
„Siehst er's jetzt ein?“, lachte Karl bitter und höhlich auf:  
„Siehst er's jetzt ein?“, jetzt, wo ich ihn ertrage, wo ich ihn ent-  
larvt habe, wo er's nicht mehr leugnen kann? Ein recht  
schändlich sein Verhalten einsehen, wenn man einmal über-  
führt ist! Aber damals, da hat er sich wohlweislich gebüht,  
da hat er schon fittschelnd und hat seinen Bruder ein-  
decken lassen, anstatt zu sagen, daß er der Dieb war und nicht  
ich!“

„Das mollte er ja auch, hundertmal ist er auf dem Wege ge-  
gangen, aber mein Gott, er ist ja doch auch nur ein schwacher  
Mensch. Von Tag zu Tag hat er ja doch gehofft, sie würden  
Dich auch ohnedies freilassen. Und dann wurde er frant vor  
lauter Angst und Gemütsnöte und mußte von nicht. Und  
dann kam die Verhandlung und Du wurdst freigesprochen,  
und dann war's ja nicht mehr nötig.“

„Nicht mehr nötig! — fährt Karl wütend auf, „nicht mehr  
nötig! Und daß der Verdacht noch immer auf mir liegt, das  
finnimmst Dich nicht — das finnimmst Deinen Wohlthun nicht!  
Aber Gott sei Dank: jetzt ist es endlich heraus, und jetzt wird  
die Welt erfahren, daß ich's nicht war, daß ich nie meine Gant  
nach fremdem Gute ausgetreut habe, daß es mein Bruder  
war, mein eigener, in so vornehmer Stellung lebender Bru-  
der!“

Er wirft einen Blick um sich und macht eine heftige Be-  
wegung nach dem Carobrokerhaus herum, auf dem sein Zug  
hängt.  
Die Mutter fällt ihm in den Arm; ihre Augen heften sich  
in vergebender Angst auf seine entschlossenen finsternen Zügen; in  
ihren besessenen Zügen, in der Weichenlinie ihres Gesichts malt  
sich wahrer Lebensdruck.

„Was willst Du thun?“ redet sie ihn flehend und mit  
fliegendem Atem an; „was willst Du tun?“  
„Wohin?“ Er sieht sie erstarrt, entsetzt an. „Wohin?  
Was dem Gericht! Habe ich nicht lange genug warren müssen?“

„Glaubst Du, ich will noch länger als Dies vor aller Welt  
gehorchen?“

„Du willst — willst Du — Otto anzeigen?“ lacht sie mit er-  
löschender Stimme.

„Freilich will ich; hat er's vielleicht besser verdient? — Er  
ernte nur, was er sät hat; er und Ihr, Ihr, die Ihr ihn  
von sein auf verurteilt hat, den ich nicht, daß er was ganz  
Bejodertes ist! Ihr — Ihr seid ebenfalls schuld als er!“

„Sie greift das Wort auf wie ein Ertrinkender, der nach  
einem schwachen Stroh, nach einem Zweige faßt, um sich zu  
retten.“

„Ja, Karl!“ fällt sie mit dem Geier der Verurteilung ein.  
„Du hast recht. Mich trifft die Hauptschuld. Warum habe ich  
ich immer den Willen getan? Ich hätte freyger sein sollen  
mit ihm; es wäre nicht so weit gekommen! Ich bin die eigen-  
liche Schuldige. Nieher, lieber Karl, strafe mich nicht so schwer!“

„Er geht seinen Blick ab; er kann nicht in das stehende,  
thränende Auge seiner Mutter sehen.“

Frau Köster wendet sich nach Helene um. „Sich mir doch  
bitten, Helene!“ ruft sie ihr zu. „Du bist doch auch eine Mut-  
ter und hast doch auch ein Kind, für das Du gestreift hast,  
wenn Gefahr es bedroht. Und Du würdest lieber Dein Leben  
hingeben, als es verlieren. Sich mir doch, Helene!“

„Aber die junge Frau blühte lautes zu Boden. Das Hieher  
der alten Frau schneidet ihr tief ins Herz, aber das vermag sie  
nicht über sich, von Karl das fast unmögliche Opfer zu ver-  
langen.“

Karl fährt auf, ergreifen und erbittert zugleich. „Bin ich  
denn nicht auch Dein Kind“, sagte er; „warum willst Du, daß  
ich hübe, was er verurteilt hat? Nein! Nein! Mein!“  
„Sein Wort flammte wieder heller auf, und wütend stampfte er  
mit dem Fuße an.“

„Ich thue es nicht! — Ich schmeige nicht länger! — Und  
wenn ihr alle mich bittet, ich will nicht länger als der Sit-  
bühle gelten, während er frei ausgeht!“  
„Er macht sich nach Helene's Beswegen mit dem Arm, um  
sich von der Mutter loszureißen. Aber sie flammte sich in  
ihrer Todesangst nur noch fester an ihn.“  
„Du darfst ihn nicht anzeigen!“ ruft sie außer sich, „Du darfst  
nicht! Glaubst Du, er würde die Schuld überleben? Willst  
Du ihn töten, — willst Du Deinen Bruder töten? — Und  
laßtst Du auch mich, — willst Du ein Leid antähen? — Und  
laßtst Du auch mich, — willst Du auch Deine Mutter unter  
den Boden bringen?“

Die Ergrüpfung zwingt die arme Frau, eine Pause zu machen.  
Das leise Schluchzen Helene's dringt ihr durch das Zimmer.  
Karl hebt das Gesicht auf und blickt nach der anderen Seite.

Aber wenn auch niemand seine Mienen sehen kann, an dem  
heftigen Atem seiner Brust hört man, daß er innerlich schwer  
mit sich ringt.

Frau Köster stift vor ihrem Sohn in die Knie nieder, und  
ihre Arme um seine Hüften schlingend, greift sie im Delirium  
ihrer Angst in die Vergangenheit zurück.

„Nieder kniel!“, rief sie Erbarmert mit mir! Bin ich nicht  
immer eine gute Mutter gegen Dich gewesen und Du willst  
nun ein so unarmbräuerger Sohn sein? Habe ich Dir nicht  
das Leben gerettet, als Du noch ein ganz kleiner Junge warst  
und schwer an der Diphtheritis darniederlag? Was Tage und  
acht Nächte habe ich Dir Eismüchlein gemacht und bin in sein  
Bett gekommen! Und als Du nachher außer Gefahr warst,  
weißt Du, was da der Krat zu mir gesagt hat? Das ist Ihr  
Wert, hat er gesagt: „Jünet hat er es zu danken; Sie haben  
das Leben gerettet. Und nun, Karl, nun willst Du mich  
zum Dank zu Grunde richten?“

„Er wendet sich mit einem heiligen Blick zu ihr. „Steh doch  
auf, Mutter“ — sagt er und will sie emporgreifen.  
Aber sie wehrt ihm heftig.

„Nicht eher, als bis Du ihm versprochen hast, daß Du ihm  
verzeihst. Du — Du gestohlet ja nichts mehr. Du bist ja  
frei, alles ist ja verzeihen. Muss noch einmal eine unglückliche  
Geschichte aufrufen? Er würde ja doch Hand an sich legen,  
wenn er nun ins Gefängnis müßte. Kannst Du ihm denn  
nicht verzeihen?“

„Nein, niemals!“  
„Aber, niemals!“ kannst Du ihm doch wenigstens. Und wenn  
Du es nicht finnenwegen, nicht meinetwegen thust, so denke doch  
an seine Frau und an sein unglückliches, armes Kind. Hast Du  
denn kein Herz im Leibe?“

Karl kann es nicht mehr ertragen, die alte schwache Frau vor  
sich zu sehen, auf dem Boden liegen zu sehen und ihre  
angstgefühltes Sammet anzuhören. Will Aufbietung seiner gan-  
zen Kraft hebt er sie in die Höhe und läßt sie auf einen Stuhl  
niederlegen.

(Fortsetzung folgt.)

### Weiteres.

— Geschäftsgeheimnis. Richter: „Wie war es Ihnen  
nun möglich, die große Ehre nach Wetzlar?“ — Ange-  
klagter: „Wenn ich's Ihnen auch sag, was? — Sie brin-  
gen's doch mit Stamm.“

Der Fall Hochheim vor Gericht.

Die Schöffhüter Ruffale, die seiner Zeit wegen der dabei zu Tage getretenen Brutalität allgemeines Aufsehen erregte, sind gestern vor dem hiesigen Landgerichte ihren vorläufigen Beschluß. Der Kranke dieser wüthenden Schlägerei, Oberleutnant Hochheim, bekam 6 Monate Gefängnis, während sein wüthendes Werkzeug um einige Monate billiger wegkam. (Siehe den ausführlichen Gerichtsbericht in der Beilage der heutigen Nummer.) Es entspricht dem Rechtsempfinden wohl vollständig, daß Hochheim eine höhere Strafe bekam, als die eigentlichen Thäter, da diese in schuldhafter Unterwerfung ihre schuldliche That begingen, und einfaß dem Befehle ihres Herrn folgten. Obgleich wohl halten der Strafe für zu mild. Die wüthenden Anführer des Hochheims sind seine schuldigen Werkzeuge, die Ausbilder: Das Las, der Hund und sein Herr. Immer drauf, er muß hinst, es kostet es, was es wolle. So ist's schon, zeugen von einer so kostbaren Nothet der Gefinnung, daß man eine weit höhere Strafe dafür verlangen muß. Wir brauchen nur in Gegenlag hierzu an die hohen Strafen zu erinnern, die man in unzähligen Fällen über freitretende Arbeiter wegen geringfügiger Verletzungen Arbeitswilliger verhängte, und man wird Vergleiches anstellen zwischen diesem und jenem Strafmaß, und bei dem Vergleich kommen, daß die brutale That Hochheims eine weit härtere Sühne erfordert. Gewiß hat das Gericht nach bester Überzeugung geurtheilt, aber das Rechtsempfinden des Volkes scheidet hier sehr genau aus zwischen den Ausschreitungen freitretender Arbeiter und denen eines Oberleutnants und verlangt für letzteren mindestens dieselbe Strafe, wie für die ersteren.

Eine weitere für uns recht interessante Thatsache bot der Prozeß, und der Vorlesung, Landgerichtsrath Böhm, bei dieser Einweisung auch Ausdruck gegeben, indem er die angelegten Schulden darauf aufmerksam machte, daß es wohl nur jenseits der Reichel läßt sich für die Arbeiter ihren Gehalt und seinen dann folgten, wenn er sie zum Töschlagen anderer aufforderte. Der blinde Flawennigkeit des Gehorams, die willenlose Beschließung des Auftrages des Arbeitgebers hat hier einmal an diesem sich selbst gerächt. Die von den Agrariern so oft gerühmte Tugend der richtungslosen Unterwerfung ist in diesem Falle zum Grunde gekommen, und Herr Hochheim hat es den Soldaten zu verdanken, wenn er auf 6 Monate ins Gefängnis wandern muß. Denn das steht zweifelsohne fest:

Hätte Hochheim seine thörichten Arbeiter den Auftrag erteilt, den Weg zu verlassen, dieselben würden ihn ganz anders empfangen haben. Die so viel geschätzten bedürfnislosen Vögel haben sich einmal in ihrer ganzen Nothet gezeigt und sich den Thieren vollständig gleichgestellt, denn auch der Hund, der auf eine Herde Schafe gehetzt wird, thut nichts anderes, als daß er den Befehl seines Herrn vollzieht. Und diese Elemente nennt die deutsche Reichsregierung in der Begründung zur Justiznovellvorlage die „Stützen des Staates, die zu höchsten besondere Aufgabe der Staatsgewalt.“ Das sollte doch den blindwüthigen Schwärmern für die Zuchtlosen vor Augen kommen. Für die so zahlreich, gesunde und zivilisierte Arbeiterklasse ein Zuchtlosenausgleich, für unfähigere, rohe und gewaltthätige Vögel den besonderen Schutz der Staatsgewalt, das ist das politische Wasserzeichen, unter dem wir in dem Lande der Dichter und Dichter leben. Der Prozeß Hochheim hat mit wünschenswerter Deutlichkeit gezeigt, wohin wir kommen, wenn die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich getrieben wird und Elemente, wie die Helfers-Helfer Hochheims sich des besonderen Schutzes des Staates zu erfreuen haben.

\* Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war in ihrem geschlossenen Teile ebenso von kurzer Dauer wie die öffentlichen Verhandlungen. Durch Todesfall ist im Beamtenpersonal der Steuerkasse eine Lücke entstanden, in welche der Hilfsarbeiter Eiserer eingetreten wurde. Es soll nun die bisher mit dem Amt verbundene Qualifikation als Bureau-Assistent nicht entsprechendem Gehalt auf ihn übertragen werden, wogegen ein Widerspruch nicht erfolgt. Die Anstellung wird auf den 15. September zurückdatirt. — Ein zweiter Punkt, Benennung eines Politz-Organen, mußte vertagt werden, um die nächsten Verhandlungen zu erwarten. Von diesen Verhandlungen hatte sich der Vorsitzende der Stadtverordneten nicht entfernt, die bei der betreffenden Verhandlung die Stadtverordneten die Stadthalterliche Thätigkeit ihr Ende erreicht.

\* Über die Krankenversicherungspflicht der Dienstboten von Gewerbetreibenden, die neben Arbeiter für den Haushalt auch solche für den Gewerbebetrieb ihrer Dienstherren beschäftigen, hat das preussische Oberverwaltungsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Danach ist es für die Versicherungspflicht gleichgültig, ob die Thätigkeit des Dienstboten im Gewerbebetriebe gegenüber demjenigen im Haushalt untergeordnet ist. Es kommt lediglich darauf an, ob jene Thätigkeit für eine andere, nicht zum Ende gehörige Person die Versicherungspflicht begründen würde. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat das Oberverwaltungsgericht im vorliegenden Falle das Dienstmädchen eines Berliner Schneidermeisters, das neben seiner vorwiegenden Thätigkeit im Haushalt noch öfters Gänge für das Geschäft zu machen und sonst auch noch täglich die Arbeitshände, in der bis zu sechs Arbeiter beschäftigt waren, zu verwalten hatte, wegen dieser Thätigkeit im Geschäft ihres Dienstherren für Krankenversicherungspflichtig erklärt und die entgegengelegte Verneinung des Berliner Bezirksauschusses aufgehoben. Es müssen also alle Gewerbetreibenden, die ihre Dienstmädchen in ähnlicher Weise auch nur nebenher im Haushalt verwenden, diese bei der betreffenden Krankenkasse anmelden. Für Dienstboten dagegen, die nur im Haushalt thätig sind, besteht nach wie vor keine Krankenversicherungspflicht. Anwaltsanfragen müssen für alle Dienstboten gestellt werden, die über ledigen Jahre alt sind.

\* Bergarbeiter. Am Sonntag, den 8. Oktober, fand im Letzten Jahre eine gut besuchte Bergarbeiter-Versammlung statt, in welcher Genosse Guldberg über Unternehmerprobleme und Arbeiterinteressen referierte. Der Redner verlor sich in einem ca. wüthenden Vorzuge unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden, an der zeitig noch fastlichen Material, die Bergarbeiter der Unternehmer und der Bergarbeiter eingehend zu beleuchten. In der Diskussion beschäftigten sich einige der Anwesenden mit den Umständen auf umliegenden Gruben und wiesen auf gemachte Fortschritte hin, dabei gleichzeitig zum Eintritt in den Verband auffordernd. In nächster Zeit

wieder eine Versammlung stattfinden, in welcher dann auch Vertreter zum Gewerkschaftsrath gewählt werden sollen. Aus dem Bureau des Stadttheaters. Am fünften Vorstellung im Goethe-Theater gelang es, die Bevölkerung beginnt der neuengelernte Oberregisseur S. Hofmann vom Stadttheater in Breslau seine Thätigkeit. Wie allen bisher zur Aufführung gelangten Werken des Goethe-Theaters dürfte auch diesem Schauspiel ein reges Interesse entgegengebracht werden, um so mehr, als es von den Besten der besten Theater hier nicht zur Darstellung gekommen ist. Für Freitag wird „Die Hauberrleite“ vorbereitet.

Aus dem Bureau des Stadttheaters. Am Mittwoch, den 11. Oktober, findet bereits die letzte Aufführung von „Auf Sträußlingen“ statt. Ein Heiden, das eine reizende Auffpiel aus heroisch anregliche Freunde gefunden hat. Wie bereits mitgeteilt, wird für Sonntag, den 15. Okt., wiederum eine Nothet, und zwar der überaus lustige Schwanz „Die Wärglerin“ von Joseph Jarno und Gustav Heidegger aufgeführt. Die Wärglerin“ hatte in Berlin großen und dauernden Erfolg und war während des ganzen Sommers ein beliebtes Lustspiel auf dem Repertoir des Neuen Theaters.

Gebühren. Unfall. Gestern nachmittags 3 Uhr fuhr der Bauer G. L. in der Gegend von... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wetlesen. Ueberfall. In der Nacht zum Montag wurde auf der Straße, unweit des Hühnerhofes, der Kronenwärdter Freitag von dem Privat-Fremdenführer... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Wahl. Der Prozeß der Genossen Florin... (Text is partially obscured and difficult to read in detail).

Advertisement for 'Strumpfwaren' (Hosiery) and 'Geschäftshaus' (Business House). The ad lists various types of hosiery like 'Jagdwesten, Strickjacken, Barochent-Hemden, Taillentücher, Kapotten, Kopfhawis, Handschuhe etc.' and mentions 'Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.' It also includes the DFG logo and a URL at the bottom.



## Die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1898.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat in allen Teilen des preussischen Staates angehalten; sämtliche Berichte haben dies herder. Neue Anlagen wurden in grosser Zahl errichtet; bereits bestehende Fabriken wurden vergrößert und mit verbesserten, menschliche Arbeitskraft sparenden Maschinen versehen werden; Anträge waren in Fülle und Fülle vorhanden; die einheimischen Arbeitskräfte haben fast überall nicht zureichend, trotz Frauen, Jugendlichen und Kinder wiederum in bedeutend höherem Masse zur industriellen Thätigkeit herangezogen worden, weshalb mehr Ausländer müsten herangezogen werden, als im Jahre 1897. Mit Ausnahme einzelner Bezirge der Textilindustrie wurden in allen Industriezweigen hohe Gewinne erzielt, höhere als in den Vorjahren. Der Wert der Exporte hat gewachsen und taufendfältige Früchte getragen.

Und die Arbeiter? Jeder Aufschwung der Industrie geht in erster Linie den Arbeitern zum Vorteil. Wie häufig ist dieser Satz nicht schon ausgesprochen worden! In welchem Masse nun haben die Arbeiter an diesem in dem letzten Decennium noch nicht dagewesenen Aufschwung teilgenommen, welchen Anteil hatten sie an den ungeheuren Gewinnen? Kluglich weiß es jeder, daß es eine hohe Frage ist, wenn die Steuern und Gewinne behaupten, daß der industrielle Aufschwung in erster Linie den Arbeitern zu gute komme. Gewiß ist die Position der Arbeiter in der Zeit der Prosperität wesentlich besser als in der Zeit des Niederganges, aber einen Anteil an den erhöhten Gewinnen müssen sie sich stets erkämpfen, gutwillig wird er ihnen selten zugestanden. Und wo die Arbeiter zu schwach, zu unzeitig sind, um den Kampf wagen zu können, da bleiben sie vollständig ausgeschlossen von den Gewinnen, ihre Lage ändert sich in gar nichts. Das ist stets so gewesen, und 1898 hat sich die Situation nicht anders gehalten, das Verhältnis der Gewerbeinspektionsbeamten durchweg, wenn sie sich häufiger für verächtlicher auszeichnen.

Die Lebenshaltung der Arbeiter — so lag der Bericht für Ostpreußen — hat im abgelaufenen Jahre durch die ungewöhnlich hohe Steigerung aller Lebensmittelpreise trotz überaus großer Arbeitsfähigkeit in der Industrie keine Fortschritte der Besserung erfahren. Die Löhne haben sich im allgemeinen nicht im Stand gehalten, mitzuhalten, und wieder nur ist, den erhöhten Lebensmittelpreisen entsprechend, eine Steigerung eingetreten.

„In und wieder nur“ ist trotz der ungewöhnlich hohen Steigerung der Lebensmittel eine Erhöhung der Löhne eingetreten, im allgemeinen also ist die Lebenshaltung der Arbeiter trotz der Prosperität, trotz der hohen Gewinne zurückgegangen.

Selbst der Gewerbeinspektor findet es erklärlich, daß die ländlichen Arbeiter in Scharen den städtischen Gefilden entziehen. Er sagt: „Stundenlöhne von 15, 13, ja nur 11 Pfennig für erwachsene Arbeiter bei gleichzeitiger 13 bis 15 stündiger täglicher Arbeitszeit, wie es in gewerblichen Betrieben auf dem Lande häufig vorkommt, lassen das Fortziehen der Arbeiter aus solchen Bezirken erklärlich erscheinen.“ 15, 13 und 11 Pfennige pro Stunde, und das in gewerblichen Betrieben! Wie mag es in den landwirtschaftlichen ausfallen! Die Ursachen der Abwanderung liegen so klar auf der Hand, daß schon die ganze Vornehmheit der Junker dazu gehört, noch tagelang noch solchen zu suchen, wie dies im preussischen Landtage geschehen ist.

Auch in Westpreußen sind die Lebensmittel, besonders das Hauptnahrungsmittel, die Kartoffel, fast im Preise gestiegen; ebenso sind die Wohnungen teurer geworden. Die andauernd günstige Lage aller Industrien... ermöglicht es insofern, die Löhne wenigstens so weit zu steigern, daß die Lebenshaltung der Arbeiter nicht auf ein niedrigeres Niveau gedrückt wurde, so sagt der Berichtserichter weiter hinzu. Also auch hier haben die Arbeiter nichts von der günstigen Lage der Industrie profitiert!

In der Siegel- und Zigarettenindustrie ist eine ziemlich bedeutende Vohnteigerung eingetreten, heißt es im Vordem Bericht; im übrigen sind die Vohnsätze unverändert geblieben. Preissteigerungen der Lebensmittel sind allerdings (i) eingetreten, namentlich des Fleisches.

„Während die Löhne für bestimmte Klassen der sogenannten zehnten Arbeiter Klasse in die Höhe gegangen sind, so sagt der Erörterer Bericht, haben sie für die große Masse nicht geändert. In der Textilindustrie haben für einen Klügelgang erfahren infolge der unglücklichen Geschäftslage. Dies äußerte sich dementsprechend in der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien.“

Im Bezirk Minden wurde den Aufsichtsbömen von den Ärztin wiederholt über ungenügende Ernährungs-Verhältnisse in der Arbeiterklasse gesagt. Der Berichtserichter meint, das komme davon, weil die Arbeiterfrauen nicht kochen können, und glaubt, daß durch Erziehung der Schulischen Mädchen geschaffen werden könne. Die Arbeiterfrauen können nicht kochen. Das ist ein altes, wohlbekanntes Red. Man sieht, daß manche Arbeiterfrau, die von Jugend an in der Fabrik fronden mußte und schließlich auch nach der Vereinerung mitverdienen muß, nicht kochen lernen können; im allgemeinen aber könnten die Arbeiterinnen schon kochen, wenn sie nur die Mittel hätten, sich die dazu erforderlichen Materialien in Quantität und Qualität zu verschaffen. Aber das ist es eben, wo nichts vorhanden ist, da läßt sich auch nichts ausbessern!

Im Bezirk Kassel sind Vohnerhöhungen im allgemeinen nicht eingetreten, beschließen in dem Bericht von Algenen und Koblern; in den übrigen Bezirken ist eine Erziehung der Löhne zu verzeichnen. — Wenn auch nicht in erheblichem Maße, so fügen einzelne Berichtserichter hinzu —, ob diese Erziehung aber allgemein ist, oder nur einzelne Industriezweige betrifft, darüber schweigen die Berichte sich aus. Das ist ja überhaupt das an den Berichten am meisten zu Beflagende, daß sie sich, da wo unglückliche, die Arbeiter betr. Verhältnisse im Auge kommen, fast stets schweigend ungenau auszeichnen. Ein Frageformular in dieser Beziehung ist der Berichtserichter für den Bezirk Merseburg, Generalrat v. Rosenowski, auf dessen Bericht wir am Schluß unserer Flore noch besonders zurückkommen. Er sagt, daß der letzte Berichtsjahr in fast allen Zweigen der Industrie „auch der Arbeiterschaft an vielen Stellen (i) zum Teil (i) nicht unmerkliche (i) Lohnaufbesserungen gebracht hat.“

Das weist der 1898er Bericht der preussischen Gewerbeinspektion, so mangelhaft er auch ist, wenigstens evident nach,

daß die Arbeiter von den ungeheuren Gewinnen der Industrie keinen Vorteil gehabt haben, daß der wirtschaftliche Aufschwung von dem Unternehmertum zur alleinigen Bereicherung benutzt worden ist. Wo Vohnerhöhungen erzwungen worden sind, da wegen die höheren Lebensmittelpreise die Erhöhung der Gehälter nicht, wenn sie dieselben nicht gar überlegen, und wo ein höheres Gesamt-Jahres-Einkommen der Arbeiter zu verzeichnen war, da ist dies allein durch Leistung von Ueberstunden erzielt worden. Das Durchschnitts-Jahres-Einkommen der Arbeiter hat sich in den letzten Jahren zweifelslos erhöht, aber daraus auf eine Verbesserung der Lebenshaltung, auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne, auf eine Erhöhung der größeren Anteilnahme an Unternehmertum schließen zu wollen, wie dies Vernunft behauptet gehen hat, ist vollständig falsch. Wenn die Lebenshaltung der Arbeiter sich durch die erhöhten Einkommen nicht verbessert, sondern verächtlicht worden; die kleine Erhöhung seines Einkommens ist erkauft mit enormer Mehrausgabe von Arbeitskraft; einer Mehrausgabe, die, wenn sie dauernd geleistet werden sollte, zur vollständigen Degeneration der Arbeiterschaft führen müßte. Es nimmt sich sehr schön aus, wenn die Herren Unternehmer mit den von Jahr zu Jahr höheren Durchschnitts-Einkommen der Arbeiter paradiere können, und man, einer, der den Verhältnissen fremd geworden ist, mag sich dadurch vielerlei henden lassen; aber in Wirklichkeit liegt die höheren Einkommensstufen nur Ergebnis ab von der ungenügenden Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft. Ein Schluß auf die Besserung der Lebenshaltung ist nur dann gestattet, wenn die Steigerung des Einkommens Hand in Hand gegangen ist mit der Verfrüchtigung der Arbeitskraft. Eine solche ist aber, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, nirgends zu verzeichnen gewesen.

Auch bei den Streiks der Arbeiter hat sich im Jahre 1898 nicht ein Erhöhung des Lohnes gehandelt, selten um Verfrüchtigung der Arbeitskraft, freimüßig haben die Unternehmer aber eine solche nirgends zugestanden. In Ostpreußen ist eine Verfrüchtigung der Arbeitskraft nicht eingetreten; die beträgt noch immer bis zu zwölf Stunden, manchmal sogar 15 Stunden. Häufig gehen bieten die Arbeiter selbst Veranlassung zu solchen übermäßig langen Arbeitszeiten, sagt der Berichtserichter. Ja, aber warum? Der Herr muß selbst die Antwort darauf geben: „Sie streben darnach, sich trotz des üblichen geringen Stundenlohnes einen größeren Gesamtverdienst zu verschaffen.“ Das stimmt nicht ganz, denn es muß heißen, sie müssen darnach streben, so wie zu bezeichnen, daß die Familie wenigstens notdürftig ernährt werden kann. Schlichter deutet auch der Berichtserichter an, daß ein erhöhter Vohn, wie er in Ostpreußen üblich ist, doch eigentlich alles überflüssig. Er sagt: „Da nun in täglich längerer Arbeitszeit die Ermüdtung und der Fleiß des Arbeiters, auf die Stunde gerechnet, größer wird, so könnte ein besserer Vohn gezahlt... werden.“ Die Unternehmer vermögen das nicht einzugehen, so häufig es ihnen auch schon genehmigt worden ist. Die Herren sehen im allgemeinen im Arbeiter nur den Souleazer, und mögen es nicht glauben, daß die Verfrüchtigung der Arbeitskraft ein Nutzen für den Arbeiter ist. Die meisten von ihnen wissen allerdings auch, daß heute bereits der Arbeiter zu einer so hohen Arbeitsleistung angetrieben wird, daß er auch bei Verfrüchtigung der Arbeitszeit nicht mehr leisten könnte. In Polen und Schottland hat die Arbeitszeit ebenfalls seine Veränderung erfahren; in Sägewerken, Mühlen, Ziegeleien u. s. w. betrug sie immer noch 16 und 18 Stunden, in zwei Ziegeleien wurden sogar 36 stündige Arbeitszeiten festgesetzt.

Unverändert sind auch die Arbeitszeiten in allen anderen Provinzen geblieben. In Schlesien kommen noch Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden vor, in den Ziegeleien wird bis 14 und 16 Stunden gearbeitet, in den meisten Industriezweigen bis 12 Stunden betrug, so ist thätiglich doch wesentlich länger gearbeitet worden, denn fast jeder Bericht meldet, daß viel Ueberstunden gemacht worden sind. In Wirklichkeit ist im Jahre 1898 also nicht eine Verfrüchtigung, sondern eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verzeichnen.

Der Regierung- und Generalrat Brenner, Berichtserichter für Berlin-Charlottenburg, der unlängst als sozialpolitischer Delegierter in das Reichstag des Innern berufen worden ist, äußert sich geradezu, daß kein Verfrüchtigung der Arbeitszeit eingetreten ist. „Abgesehen von Ueberstunden, sagt er, welche infolge der guten Lage der Industrie in vielen Fabriken notwendig wurden, hat die regelmäßige Arbeitszeit in den Fabriken nicht zugenommen, in einigen derselben ist sie sogar verfrüchtigt worden.“ Diese Anschauung öffnet eine nette Perspektive für die Bahnen, die die deutsche Sozialpolitik demnächst noch einschlagen wird.

Daß die Veranlassung ausländischer Arbeiter gerade keinen Segen für das deutsche Volk bedeutet, bestätigen auch einige Gewerbeinspektoren. Sie berichten, daß einige Unternehmer zwar die Unvorsichtigkeit und Arbeitsamkeit der Ausländer loben; die Masse dagegen über geringen Fleiß und geringe Anhänglichkeit derselben, die erheblich mehr Aufsicht nötig machen, klagt. Alle stimmen jedoch darin überein, daß die ausländischen Arbeiter meistens unzuverlässig und unsauber sind. Sie lassen die Unternehmer, ihre Papiere und Erparnisse im Stiche, wenn sie glauben, an einer anderen Stelle höheren Verdienst zu erzielen, so heißt es im ostpreussischen Bericht; dertelbe bemerkt auch noch, daß infolge der Unabwesenheit der Ausländer es denjenigen Arbeitern unmöglich sei, auch die Bedürfnislosigkeit geht dem Berichtserichter für Magdeburg, denn auch zu weit. „In einem Steinbruch seines Bezirks nahmen sich die Galtiger fast ausschließlich von Kartoffeln und Nüssen. Sie konnten infolgedessen für einen ganz geringen Vohn arbeiten, was von den einheimischen Arbeitern natürlich aufs Häufigste mißbilligt wurde.“

Die Gewerbeinspektoren gehen durchweg von der Ansicht aus, daß die Unternehmer gegenwärtig sind, Ausländer einzustellen, sie lassen die zehnten Fälle, wo die Ausländer herbeigeholt werden, um als Streikbrecher und Lohnbrücker zu fungieren, vollständig unberücksichtigt. Es ist dringend erforderlich, daß die Gewerbeinspektoren auch darauf ihr Augenmerk richten und sich in ihrem nächsten Jahresberichte darüber äußern, wie sich eine derartige Handlungsweise mit dem Patriotismus verhält, der da, wo es sich darum handelt ein buntes Bündchen oder gar ein Ständchen zu ergattern, so prächtig betont wird. Speziell würde sich der Leiter der Gewerbeinspektion des Bezirks Merseburg ein Ver-

dienst erwerben, wenn er die Veranlassung italienischer Lohnbrücker seitens der halleschen Maurermeister — die Herren wollen ja den Italiener das Heimatsrecht verschaffen! — gebührend würdigen wollte.

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter waren im Jahre 1898 fast durchweg unzufrieden. Stets, gesundheitsgefährliche Wohnungen und hohe Mietpreise sind überall zu verzeichnen gewesen. Manche Aufsichtsbömen schieben die Schuld dem Boden zu, da es das mag zum Teil zutreffen. Die Hauptschuld liegt jedoch zweifelslos da an, daß die Regierung vor lauter Zucht, Flotten- und Militärvorlagen noch nicht Zeit gefunden hat, die Wohnungsfrage gleichmäßig zu regeln, eine staatliche Wohnungsinpektion zu schaffen. In erster Linie freilich verschuldet auf die miserablen Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse der Umstand, daß das Unternehmertum zu ungeheurer hohe Profite aus der menschlichen Arbeitskraft zieht. Gute Wohnungen giebt es genügend, es fehlt den Arbeitern nur das Geld, um sie zu mieten.

Viele schon die Wohnungsverhältnisse der einheimischen Arbeiter alles zu wünschen übrig, so waren die Unterkunfts-räume für die Wanderarbeiter häufig genug überhaupt nicht in menschenwürdigen Zustande. Weiterverfrüchtigte, Schuppen, sonstige unbrauchbar gemordene Räume, das waren auch im Berichtsjahre wieder häufig die Wohnungen der Wanderarbeiter. Eine gesetzliche Handhabe, um solche Verhältnisse unmöglich zu machen, besteht nach dem Zuchtstamm der Vohngierenden nicht. Die Gewerbeinspektoren können nur eine Verfrüchtigung wegen Ueberbetretung einer örtlichen Vohngerechtheit herbeiführen, vorausgesetzt, daß eine solche überhaupt besteht. Und auch dann fällt die Strafe, wie wir später noch sehen werden, so gering aus, daß sie durch die Vorteile, die dem Unternehmer dadurch zugeflossen sind, daß er die Unterkunfts-räume nicht menschenwürdig auszugestalten brauchte, mehr als wett gemacht wird.

Was die sogenannten „Vohlfahrtseinstellungen“ betrifft, deren Schilderungen in den Berichten ein freies breites Raum einnehmen, so kann schnell darüber hinweggegangen werden, da sie für die Beurteilung der Lage der Arbeiterschaft ohne jede Bedeutung sind. Es ist sehr leicht, „Gratifikationen“ auszu-sprechen und sich als den Vohlfahrt der Menschheit auszusprechen zu lassen, wenn das Geld denjenigen, die es erarbeitet haben, vorenthalten worden ist. Zu bezeichnen bleibt noch die Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeiter, die Unfälle und in wie weit die sozialpolitische Erkenntnis im Unternehmertum Fortschritte gemacht hat. Das soll in einem Schlussartikel geschehen.

## Soziales.

— **Brügelbädagogik.** Im Halberstadt sprach sich für der Lehrerkongress ein Herr Vidors I in sieben Thesen für die körperliche Fröhlichkeit in der Schule aus, die, das Wort Gottes gebietet und das Allgemeine Landrecht gestattet. — Die Konferenz stimmte den Thesen zu und hat um baldige Befreiung des das Brügeln verbotenen Ministerialerlasses. Wenn Herr Vidors alles tun wollte, was das Wort Gottes gebietet, da hätte er viel zu thun. Solche törichte Begründungen, die für mehrere Zeit gar keinen praktischen Wert mehr haben können, sollte doch ein Lehrer vermeiden. Welches Vertrauen stellen die Arbeiter zur Schule haben, wenn die Lehrer noch in solchen hohen Anschauungen befangen sind.

— **Der bezahlte?** 134 000 M. Mietensentfrüchtigung hat der Bezirger des Hauses Leipziger Straße 49 zu Berlin an seine Mieter auszahlen müssen. Die Mieter hatten nämlich noch auf 3 — 4 1/2 Jahre Kontrakt und müssen wegen Abbruch des Hauses ausziehen. Eine Firma hat allein 50 000 M. erhalten, eine andere 42 000 M., eine dritte 20 000 M. — Die bürgerlichen Blätter melden das triumphierend. Sie scheinen gar nicht zu überlegen, daß diese Summe von den künftigen Mietern mit verfrüchtigt werden muß.

— **Der Zentralverband deutscher Ortskrankenkassen** hält seine diesjährige Generalversammlung am 15. und 16. Oktober in Hannover ab. Aus der sehr reichhaltigen Tagesordnung nennen wir die Anträge, welche bezeichnen sollen, daß bei Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes die Vertreter von Krankenkassen gehört werden. Eine Anzahl Anträge erziehen die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes. — Die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium, zur Ausübung des ärztlichen Berufes seitens dieser und auch solcher, die im Ausland als Ärztinnen approbiert sind, beantragen eine Anzahl von Klassen. Die Beschlüsse des Dresdener Vortages haben in Krankenkassenkreisen Erregung hervorgerufen und haben Veranlassung zu Anträgen auf Stellungnahme zu demselben. Ferner treten noch hinzu die Berichte über den Berliner Tuberkulosekongress, über die Stettiner Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis u. s. w., sowie über eine Reihe statistischer Arbeiten.

— **Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Bierhändler** Preussens wird einig Zeit angelehrt. Er soll sich die Aufgabe stellen, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bierhändler energisch zu vertreten. Die Verhandlungen sind jetzt so weit gediehen, daß am 7. und 8. Okt. in Genuad Schiffs Hotel in Köln a. M., Oldenburger 37/39 ein Allgemeiner Verband deutscher Bierhändler gegründet werden soll. Die Beteiligung an diesem Kongress verfrüchtigt sehr zahlreich zu werden. Unter anderen haben auch sämtliche bereits bestehende Bierhändlervereine zugestimmt, Delegierte zu jener Versammlung zu entsenden. Etwaige Anfragen sind an Herrn Carl Martin-Wilke zu richten.

— **Gegen eine Verfrüchtigung der drei Arbeiter-Versicherungen**, der Alters- und Invaliden-Versicherung, der Unfall-Versicherung und der Kranken-Versicherung, die selbst von der Regierung jetzt als erwünscht und nötig angesehen wird, warnt das Blatt Daniels, die Berl. Vol. Räch, ohne daß für die Begünstigung irgend welche triftigen Gründe angeführt werden.

## Locales und Provinziales.

Halle a. S., 10. Oktober 1899.  
\* **Einer Operation** unter ganz eigenwilligen Verhältnissen sollte sich ein Bergmann aus Zichowen unterziehen. War da in dortiger Gegend von einem Förster ein Wildbied angefallen worden, ohne daß man seiner habhaft wurde. Der Bergmann kam nun in den Verdacht, daß er derjenige sei, der angefallen worden wäre, und zwar wollte der Förster den

